

Diskussion über die gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020

Der Wirtschaftsausschuss für Außenhandelsfragen beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) tagte im Januar. Gemeinsam mit Jerzy Bogdan Plewa, Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission, und dem Staatssekretär im BMEL, Dr. Hermann Onko Aeikens, diskutierten die Teilnehmer über die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2020. Zudem berichtete das BMEL über das zehnte GFFA, das im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) ebenfalls in Berlin stattfand.

Plewa schilderte zunächst die Überlegungen der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ab dem Jahr 2020. Er kündigte an, dass die Kommission bis Mai 2018 ihre Vorschläge vorstellen werde. Die europäische Landwirtschaft solle auch in Zukunft marktorientiert und auf Wettbewerb ausgerichtet sein. Die mit der neuen GAP verbundenen umwelt- und klimapolitischen Ziele müssten gemeinsam mit den Landwirten verfolgt werden. Ziel sei es, dass die EU künftig vermehrt die Leitlinien der Agrarpolitik festlege und die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung dieser mehr Freiheiten erhielten. Dadurch solle den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten besser Rechnung getragen werden.

Mehr Freiheit bei Umsetzung

Danach erläuterte Aeikens, wie die Bundesregierung die Pläne der Kommission bewertet. Er betonte, dass dieser auch weiterhin an einer finanziell gut ausgestatteten GAP gelegen sei und dass diese nicht die Lasten des Brexit tragen dürfe. Der Staatssekretär begrüßte, dass die Kommission sich um einen Abbau der Bürokratie in der Landwirtschaft bemühe. Auch das Festhalten der Kommission am Zwei-Säulen-System zur Finanzierung der GAP sehe die Bundesregierung positiv. Dabei solle ein stärkerer Fokus auf kleine und mittelständische sowie tierhaltende Betriebe gelegt werden. Der Ansatz, auf europäischer Ebene Leitlinien zu vereinbaren und den Mitgliedstaaten bei deren Verwirklichung mehr Freiheiten zu überlassen, sei vielversprechend, wenn er richtig ausgestaltet sei.

In der anschließenden Diskussion mahnten die WAA-Mitglieder an, dass es im Rahmen der neuen GAP nicht zu Marktverzerrungen kommen dürfe, wenn einzelne Mitgliedstaaten die auf EU-Ebene vereinbarten Leitlinien unterschiedlich umsetzen. Zudem wurde die Sorge geäußert, dass die angestrebte größere Flexibilität für die Mitgliedstaaten in der Praxis gerade nicht zu Vereinfachungen führen werde. Ein konkreter Ansatz, wie Erleichterungen und Bürokratieabbau für die Agrarwirtschaft erreicht werden sollen, sei bislang nicht ersichtlich. Auch müsse bei Verhandlungen zu neuen Freihandelsabkommen auf die Belange der europäischen Agrarwirtschaft geachtet werden. Plewa betonte, dass es durch die neue GAP nicht zu Marktverzerrungen kommen solle. Den Mitgliedstaaten werde kein zusätzlicher Raum geschaffen, um national Anforderungen zu stellen, die über die europäischen Vorgaben hinausgehen. Im Hinblick auf Freihandelsabkommen müsse berücksichtigt werden, dass dabei immer auch andere Interessen als die des Agrarsektors eine Rolle spielten. Die Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten seien beispielsweise ein an die USA gerichtetes Signal gegen Protektionismus.

Agrar sichtbar stärker berücksichtigen

Im weiteren Verlauf der WAA-Sitzung berichtete Friedrich Wacker, Leiter der Unterabteilung 62 (Internationale Zusammenarbeit, Welternährung) im BMEL über das zehnte Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), das unter dem Motto „Die Zukunft der tierischen Erzeugung gestalten – nachhaltig, verantwortungsbewusst, leistungsfähig“

stattgefunden hat. An der dreitägigen Veranstaltung nahmen Landwirtschaftsminister und Vizelandwirtschaftsminister aus 69 Nationen teil, bis auf die USA, Kanada und Mexiko waren alle wesentlichen Agrarnationen vertreten. Dabei wurde mit über 2000 Teilnehmern darüber diskutiert, wie die wachsende Nachfrage nach tierischen Produkten nachhaltig bedient werden kann, wie Tierseuchen wirksam bekämpft werden können und welche Klimaeffekte Tierprodukte verursachen. Hierzu wurde ein umfassendes Abschlussdokument erstellt, mit dem eine internationale Diskussion zu den Themen angestoßen werden soll. Das GFFA hat sich in den vergangenen Jahren als führende Weltagrarkonferenz etabliert und ist für seinen Fachbereich mit auf der Münchener Sicherheitskonferenz und dem Weltwirtschaftsforum in Davos vertreten.

Partnerland der 83. IGW in Berlin war in diesem Jahr Bulgarien. Auf 116.000 Quadratmetern Hallenfläche präsentierten sich 1.660 Aussteller aus 66 Ländern den 400.000 Besuchern, darunter 90.000 Fachbesucher. Dabei gab das Publikum erstmals über 50 Millionen Euro aus.

i Das Abschlussdokument kann unter www.gffa-berlin.de/ unter dem Link GFFA-Kommuniqué 2018 abgerufen werden.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA: Neue Rekorde im Außenhandel hart erarbeitet

„Der deutsche Außenhandel hat 2017 ein bemerkenswertes dynamisches Jahr hingelegt, das mit Rekordwerten im Export und Import abgeschlossen hat. Erstmals wurden Waren im Wert von fast 1.300 Milliarden Euro exportiert und auch die Importe übertrafen erstmals die 1.000-Milliarden-Euro-Marke. Auch der starke Euro macht sich bisher noch nicht bemerkbar.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann heute in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Dezember 2017 bekanntgegeben. Demnach wurden im Dezember Waren im Wert von 100,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 82,7 Milliarden Euro importiert. Für das Gesamtjahr 2017 heißt dies, dass insge-

samt Waren im Wert von 1.279,4 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 1.034,6 Milliarden Euro importiert wurden. Damit betrug das Exportwachstum im Vorjahresvergleich plus 6,3 Prozent und das Importwachstum 8,3 Prozent. Die Außenhandelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 244,9 Milliarden Euro ab und verringerte sich somit im Vorjahresvergleich um 4 Milliarden Euro.

„Das Wachstum im deutschen Außenhandel verdanken wir der weltweiten konjunkturellen Belebung. Die Nachfrage nach deutschen Produkten zog auf allen Kontinenten deutlich an. Besonders freuen wir uns jedoch über den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa. Gleichwohl muss anerkannt werden, dass diese Erfolge in Deutschland hart erarbeitet wurden und nicht viel über die strukturellen Herausforderungen in Deutschland aussagen. So wird z.B. zusätzliche Bürokratie im Außenhandel, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter belasten. Es fehlt die notwendige Entlastung, insbesondere für kleinere Unternehmen, die so aus dem Markt oder zu Zusammenschlüssen gedrängt werden. Die Marktkonzentration wird damit weiter voranschreiten“, so Bingmann abschließend.

i BGA-Pressemitteilung vom 8. Februar 2018

'Arbeitsgemeinschaft Diebstahlprävention in Güterverkehr und Logistik' warnt: Jährlich 1,3 Milliarden Euro Güterschäden durch Ladungsdiebstahl

Das Ausmaß von Ladungsdiebstählen war in Deutschland bisher kaum zu beziffern: Die Polizei führt keine Statistik, zudem sind viele der hier ausgeraubten LKW im europäischen Ausland registriert und dort versichert.

Wie groß das Problem tatsächlich ist, zeigen jetzt erstmals erstellte gemeinsame Berechnungen mehrerer Wirtschaftsverbände unter Beteiligung des BGA.

Demnach werden jährlich Ladungen von nahezu 26.000 LKW gestohlen, statistisch schlagen Kriminelle in Deutschland also alle 20 Minuten zu. Allein die gestohlenen Güter haben einen Wert von 1,3 Milliarden Euro, weitere Schäden von 900 Millionen Euro entstehen durch Konventionalstrafen für Lieferverzögerungen, Reparaturkosten sowie Um-

satzeinbußen und Produktionsausfälle bei den eigentlichen Abnehmern.

Die Wirtschaftsverbände haben angesichts der Zahlen eine gemeinsame Initiative gestartet. Die „Arbeitsgemeinschaft Diebstahlprävention in Güterverkehr und Logistik“ will die Sicherheit der Transportlogistik insbesondere durch höhere Sicherheitsstandards und Investitionen in Ortungstechnik, Diebstahlwarnanlagen, Wegfahrsperren und gesicherte Parkplätze erhöhen.

Von den Behörden fordern die Verbände dringend mehr Unterstützung durch einen höheren Fahndungsdruck auf die international und professionell agierenden kriminellen Organisationen. Die Polizei müsse zudem auf Autobahn-Rastplätzen häufiger präsent sein, spezialisierte Polizeieinheiten und Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollten zur Optimierung der länderübergreifenden Strafverfolgung beitragen. Um gezielte präventive und repressive Maßnahmen ergreifen zu können, müssten die Ermittlungsbehörden das Delikt „Ladungsdiebstahl“ besser statistisch erfassen und die Voraussetzungen für eine bundesweit einheitliche Anzeigenaufnahme schaffen. Personalmangel, schlechte Vernetzung und geringe Spezialisierung würden die Ermittlungen verzögern, bemängelt die Arbeitsgemeinschaft.

 Pressemitteilung vom 8. Februar 2018

AUSSENWIRTSCHAFT

10. Verleihung des Preises der Deutschen Außenwirtschaft – Jetzt bewerben!

BGA/BDEX und weitere Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der Senat der Freien Hansestadt Bremen und die Handelskammer Bremen laden am **19. April 2018** zum **12. Deutschen Außenwirtschaftstag** ein. Rund vierhundert Teilnehmende werden zum Motto „Außenwirtschaft im Umbruch“ über aktuelle Herausforderungen diskutieren.

Krönender Abschluss der Veranstaltung ist die Verleihung des Preises der Deutschen Außenwirtschaft. Die Nutzung neuer Kommunikationswege, nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg, herausragendes unternehmerisches Engagement, Erschließung neuer Märkte, die Schaffung von Arbeitsplät-

zen: Eine Reihe von Aspekten wird bewertet, wenn es darum geht, den Preisträger zu finden. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sind aufgefordert, sich bis zum **9. März 2018** zu bewerben. Die Prämierten erhalten dieses Jahr erstmalig einen Beratungsgutschein für Auslandsaktivitäten von der DIHK.

 Bewerbungen und Rückfragen zum Preis der Deutschen Außenwirtschaft: Andrea Hideg (E-Mail: andrea.hideg@bga.de)

 Bewerbungsformular: www.aussenwirtschaftstag.de/preis-ueber

KONJUNKTUR

Bundesregierung legt Jahreswirtschaftsbericht 2018 vor

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen konjunkturellen Aufschwung. Dies ist die zentrale Botschaft des Jahreswirtschaftsberichts 2018 der Bundesregierung, der am 31. Januar 2018 unter dem Titel „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ vorgelegt wurde. Darin stellt die Bundesregierung zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Themenschwerpunkte dar. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,2 Prozent im Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung für das laufende Jahr 2018 eine weitere Expansion um 2,4 Prozent. Begünstigend für die deutsche Wirtschaft wirkt aus Sicht der Bundesregierung das wieder freundlichere weltwirtschaftliche Umfeld, was zur Belebung des Außenhandels und der Investitionen beigetragen hat. Zudem bleiben die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte eine solide Grundlage einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sich insbesondere am Arbeitsmarkt und bei den öffentlichen Finanzen zeigt.

[Michael Alber]

Auftragseingänge und Produktion weisen auf einen guten Start im Jahr 2018

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember 2017 gegenüber dem Vormonat kräftig (+3,8 Prozent) gestiegen. Während die Neubestellungen bei Vorleistungs- und Investitionsgütern deutlich zulegten (+2,4 Prozent bzw. +5,7 Prozent), ging das Ordervolumen bei den

Konsumgütern zurück (-5,1 Prozent). Hinter dem Plus im Verarbeitenden Gewerbe stehen zu einem großen Teil Großaufträge. Auch in der Tendenz sind die Auftragseingänge kräftig aufwärtsgerichtet. Im vierten Quartal ergab sich ein deutliches Plus von 4,2 Prozent. Die deutlich stärkeren Nachfrageimpulse kamen weiterhin aus dem Ausland (+5,9 Prozent), insbesondere aus dem Euroraum.

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Dezember im Vergleich zum Vormonat um 0,6 Prozent gesunken. Die Industrieproduktion nahm um 0,7 Prozent und die Bauproduktion um 1,7 Prozent ab. Für das vierte Quartal ergab sich ein Anstieg um 0,7 Prozent, wobei die Industrieproduktion um 0,9 Prozent ausgeweitet und die Bauproduktion erneut zurückgefahren (-1,0 Prozent) wurde.

Zusammenfassend haben sich die Auftragseingänge in der zweiten Jahreshälfte 2017 überaus dynamisch entwickelt, so das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in seiner Bewertung. Die Industrieproduktion hat sich im Laufe des Jahres 2017 sehr dynamisch entwickelt, zuletzt aber etwas an Schwung verloren, so das BMWi weiter. Das vierte Quartal fiel deutlich schwächer aus als die drei Vorquartale. Nichtsdestotrotz ist die Produktion klar aufwärtsgerichtet. Angesichts der starken Auftragseingänge im Dezember und guter Stimmungswerte ist eine kräftige Industriekonjunktur in den kommenden Monaten zu erwarten. Auch nach Einschätzung des BGA weist die jüngste Entwicklung darauf, dass sich die dynamische Entwicklung 2018 fortsetzen wird.

[Michael Alber]

STEUERN

EU-Kommission zu Brexit und indirekter Besteuerung

Die Kommission der EU hat am Ende Januar 2018 Informationen zu den Folgen des EU-Austritts Großbritanniens auf dem Gebiet der Zölle und indirekten Steuern veröffentlicht. Danach ergibt sich insbesondere auf dem Gebiet der indirekten Steuern folgende Behandlungsweise:

- Waren, die von Großbritannien in das EU-Gemeinschaftsgebiet geliefert werden oder umgekehrt,

unterliegen im Falle des Imports der Umsatzbesteuerung im Gemeinschaftsgebiet, während Ausfuhren von der Umsatzsteuer befreit sind.

- Steuerpflichtige Personen, die den Mini-One-Stop-Shop (MOSS) nutzen, müssen in einem EU-Mitgliedstaat registriert sein.
- Unternehmen, die steuerpflichtige Umsätze in einem Mitgliedstaat der EU ausführen, müssen einen Steuervertreter für die Abführung der Umsatzsteuer benennen.
- Güter, die zwischen der EU und Großbritannien gehandelt werden und der Verbrauchsbesteuerung unterliegen, werden als Exporte behandelt und fallen nicht mehr unter das Excise Movement and Control System (EMCS). Lieferungen von verbrauchsteuerpflichtigen Gütern nach Großbritannien benötigen eine Ausfuhrerklärung und ein elektronisches Verwaltungsdokument (eVD). Lieferungen von verbrauchsteuerpflichtigen Gütern von Großbritannien in das EU-Gemeinschaftsgebiet unterliegen zunächst den Zollformalitäten bevor eine Überführung in das EMCS-Verfahren erfolgen kann.

[Michael Alber]

Zitat der Woche

»Nur wer aus Wissen etwas macht, hat Macht.«

CEO von Alfred Kärcher, Hartmut Jenner, über die notwendigen Anstrengungen der Digitalisierung.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Telefon: 030 590099-50
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg,
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 16. Februar 2018
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich